

Ausweg aus Europas Krise

Ulrich K. Preuß

Die von Europa ausgehende Staatsschulden-, Euro- und womöglich auch erneute Bankenkrise könnte, wie jede Krise, auch Heilsames bewirken – einen europäischen Demokratisierungsschub. Jahrzehntlang war die europäische Integration als ein Projekt der politischen Eliten der europäischen Demokratien von deren Völkern im Tausch gegen die Einlösung des Versprechens von Frieden und wachsendem Wohlstand hingenommen worden. Dieser ‚permissive Konsens‘, wie man diese diffuse Art der Zustimmung in der Politikwissenschaft bezeichnet hat – eine Art Legitimation zweiter Klasse – hat sich in eine nicht minder diffuse wachsende Unzufriedenheit unter den Völkern der EU gewandelt. Zugegeben, die von Eurobarometer regelmäßig gemessenen Werte haben sich in den letzten beiden Jahren nicht dramatisch, aber doch durchaus deutlich verändert: In diesem Zeitraum ist der Anteil der EU-Bürger, die Vertrauen in die EU haben, von 48 Prozent auf 41 Prozent gesunken; der Anteil derer, die kein Vertrauen in sie haben, von 40 Prozent auf 47 Prozent gestiegen. In nicht weniger als zehn Ländern, darunter die Schwergewichte Frankreich, Großbritannien und Deutschland, überwiegt die Zahl der Misstrauenden die der Vertrauenden. Kein Wunder, dass die Beteiligung an den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament (2009) EU-weit gerade einmal 43 Prozent betrug – so gering wie in keiner Nationalwahl in einem der Mitgliedstaaten.

Ist es unter diesen Umständen sinnvoll, über eine Stärkung der Demokratie in der EU nachzudenken? Gewiss dann nicht, wenn die um sich greifende Vertrauenskrise ihre Ursache in einem Regulierungsversagen der zuständigen EU-Organen hätte, das durch eine technische Verbesserung ihrer Funktionalität behoben werden könnte. Doch so ist es nicht. Vielmehr ist das überkommene Muster der europäischen Integration an seine Grenzen gestoßen: die Definitionsmacht der politischen und administrativen Eliten über Umfang, Tempo und Begründung der fortschreitenden Übertragung nationaler Kompetenzen auf die Gemeinschaft unter weitgehend passiver Einwilligung der Völker. Die Krise nötigt zu Entscheidungen, die diesen politisch-institutionellen Rahmen sprengen. Es sind Fragen der Politik, in welchem Umfang und in

welcher Weise die europäischen Völker unter Berücksichtigung des bisher verwirklichten Standes ihrer wechselseitigen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Verflechtung füreinander eintreten wollen. Diese Entscheidungen können keine Elitenentscheidungen, sondern nur demokratische sein.

Die Voraussetzungen dafür müssen nicht erst erfunden werden; in Ansätzen existieren sie bereits. Die wichtigste unter ihnen lautet: Die Angehörigen der verschiedenen Völker der EU sind *Bürger*, und dies in einem zweifachen Sinne. Als Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten sind sie *Bürger demokratischer Nationen*, in denen sich eine Vielfalt unterschiedlicher konstitutioneller und politischer Kulturen, Erfahrungen und Traditionen im Umgang mit politischem Streit herausgebildet hat. Zugleich sind sie *Unionsbürger*, nicht mehr nur Marktakteure, und bilden einen *supranationalen Bürgerverband*. Fast zwei Drittel aller Bürger der Mitgliedstaaten teilen laut der letzten Eurobarometerumfrage das Gefühl, Bürger der EU zu sein. Bei den unteren sozialen Schichten sinkt dieser Anteil allerdings auf unter 50 Prozent. Sie empfinden die offenen Grenzen der EU als Bedrohung ihres durch nationale Sicherungssysteme geschützten Sozialstatus. Diese Sorge sollte unser Bewusstsein dafür schärfen, dass in Europa bürgerschaftliche und soziale Solidarität untrennbar miteinander verknüpft sind.

Diese zweifache Verankerung des Bürgerstatus trifft nun auf den in der jetzigen Krise deutlich hervortretenden Tatbestand, dass die Politiken der EU – von der Ausgestaltung der Dienstleistungsrichtlinie bis zu Gründung und Ausstattung des „Euro-Rettungsschirmes“ – innerhalb der Mitgliedstaaten und grenzüberschreitend zwischen verschiedenen politischen Strömungen streitig verhandelt werden; der von den politischen und administrativen Eliten formulierte ‚permissive Konsens‘ trägt nicht länger. In dieser Situation einer Politisierung der europäischen Angelegenheiten, die ja angesichts der auf dem Spiele stehenden politischen Zukunft der europäischen Völker auch unvermeidbar ist, verspricht nur die beherrzte Fortentwicklung der europäischen Demokratie eine hoffnungsvolle Zukunft. Gewiss, mehr europäische Demokratie wird nicht geradewegs die gegenwärtige Krise der EU lösen. Aber ohne mehr Demokratie wird sie gänzlich unlösbar bleiben. 🌐



Prof. em. Dr. Ulrich K. Preuß, geb. 1939, zuletzt Professor für Rechtliche Grundlagen der Politik, FU Berlin und Hertie School of Governance Berlin. preuss@hertie-school.org